

Presseinformation

Caritas-Jugendhilfe erweist sich als krisenerprobt

Mit Thema Inklusion dem Gesetzgeber voraus/AGE stärkt Verzahnung mit Angeboten in Schulen/Folgewirkungen von Corona reichen tief

Diözese Münster (cpm). Die Jugendhilfe der Caritas in der Diözese Münster will zusammen mit der Behindertenhilfe inklusionspädagogische Konzepte entwickeln und hier nicht auf gesetzliche Vorgaben warten. Das erklärte die Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft Erzieherische Hilfen (AGE) auf der digitalen Mitgliederversammlung. Die bisherigen Schritte zu einer Reform des Kinder- und Jugendhilferechts im Sozialgesetzbuch VIII seien "hinsichtlich der konkreten Umsetzung der inklusiven Ausrichtung der Jugendhilfe eher ernüchternd." Die lange diskutierte Einbeziehung der Behindertenhilfe sei jetzt auf 2028 verschoben. Die AGE wolle die Inklusion der Jugendhilfe unabhängig davon in 2022 zu einem Schwerpunktthema machen. In der Arbeitsgemeinschaft haben sich 64 Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfe der Caritas zusammengeschlossen.

Allerdings sei das nicht das einzige drängende Thema, sagte Schulte bei der Vorstellung des Tätigkeitsberichts. Die Jugendhilfe stärker mit den Aktivitäten der Schule zu verzahnen, gingen die Mitglieder gleich an. Die Struktur der AGE wurde um eine vierte Fachkonferenz "Jugendhilfe und Schule" erweitert und die Zahl der Vorstandsmitglieder wegen der gewachsenen Aufgaben auf neun erhöht.

Das ist für Marion Schulte ein weiterer Schritt, die "Versäulung" der Jugendhilfe zugunsten einer intensiven Zusammenarbeit "im Sinne einer Einheit der Kinder- und Jugendhilfe" aufzulösen. Diese Zielsetzung, die vor 21 Jahren zur Gründung der AGE geführt hatte, passe immer noch, erklärte Diözesancaritasdirektor Heinz-Josef Kessmann.

Die Zusammenarbeit bewähre sich gerade in Krisen, die es immer wieder gebe, so der AGE-Vorsitzende Michael Kaiser. Das habe sich im vergangenen Pandemiejahr erneut gezeigt. Gemeinsam mit dem Bundesverband Caritas Kinder- und Jugendhilfe (BVkE) sei es gelungen, die Impfungen für Mitarbeitende und Jugendliche in der Jugendhilfe voranzutreiben und auf die schwierige Situation in den Einrichtungen und Diensten aufmerksam zu machen. Die Kinderrechte in die Verfassung aufnehmen zu lassen, sei dagegen erst einmal gescheitert, aber der Koalitionsvertrag gebe neue Hoffnung, erklärte Kaiser.

Die Folgen der Coronapandemie werden die AGE weiterhin beschäftigen, sagte Marion Schulte, zum einen wegen der Langzeitauswirkungen auf die Kinder und Jugendlichen, zum anderen wegen Entwicklung der Finanzkraft der öffentlichen Hand. Damit nicht genug: Der sich schon abzeichnende Fachkräftemangel werde immer drängender. Dieses Problem könne nicht ohne Hilfe der Politik gelöst werden.

Mit dem Ganztagsförderungsgesetz, der Umsetzung des neuen Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes sowie weiterhin stockender Fortsetzung der Rahmenvertragsverhandlungen mit den Kostenträgern werde es der AGE in 2022 nicht an Diskussionsstoff mangeln, zählte Schulte auf.

115-2021 (hgw) 10. Dezember 2021